

Aus den Kantonen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 5

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zürich: Referendum gegen Integrationskurse

Der SVP-nahe Bund der Steuerzahler hat gegen den 6,8-Millionen-Kredit für die Integrationskurse für ausländische Jugendliche das Referendum ergriffen (vgl. ZeSo 3/02). Dies berichtete der

«Tages-Anzeiger» Mitte April. Nach eigenen Angaben habe die Vereinigung nach der Hälfte der Sammelzeit bereits 6'000 Unterschriften gesammelt, nötig sind 5'000 gültige. TA/gem

Waadt integriert AusländerInnen

«Devenir Suisse» lautet die Kampagne, die im Kanton Waadt gestartet wurde. Ziel ist die vollständige Integration von AusländerInnen, die schon lange im

Kanton wohnen. Ein vereinfachtes Verfahren und eine Maximalgebühr von 500 Franken sollen die Einbürgerung erleichtern. sda/TA

Uno-Aktionsplan zur Frage des Alterns verabschiedet

VertreterInnen von über 160 Ländern – unter ihnen eine von Bundesrätin Ruth Dreifuss geleitete Schweizer Delegation mit mehreren älteren Mitgliedern – haben im April an der zweiten Uno-Weltversammlung zu Fragen des Alterns einen Aktionsplan und eine politische Deklaration verabschiedet. Angestrebt wird eine ausgeglichene soziale Entwicklung, und der öffentlichen Hand werden drei Ziele vorgegeben: Gewährleistung der Entwicklung in einer alternden Welt, Förderung von Gesundheit und Wohlergehen älterer Menschen, Schaffung eines wohlwollenden und unterstützenden Umfeldes. «Ob der Aktionsplan toter Buchstabe bleibt oder etwas bewirkt, hängt unter anderem von der wirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen Solidarität ab, aber auch vom politischen Willen der einzelnen Länder», schreibt der «Bund». Unter anderem ruft das

Dokument die Industriestaaten dazu auf, Gesundheit und Wohlergehen der Älteren zu fördern und die Entwicklungsländer im Umgang mit den Älteren, deren Anteil schnell anwächst, zu unterstützen.

Im Vorfeld der Uno-Versammlung hatte die Fachstelle Altersfragen des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) zusammen mit der Arbeitsgruppe UN-Weltkonferenz Altern einen Situationsbericht* für die Schweiz erarbeitet und die Herausforderungen benannt, die das Altern hier stellt. gem/pd

***Bericht:** *Langlebigkeit – gesellschaftliche Herausforderung und kulturelle Chance. Ein Diskussionsbeitrag aus der Schweiz zur 2. Weltversammlung des Alterns in Madrid 2002.*

Bezug: Bundesamt für Sozialversicherung, Dokumentation, B. Reidy, Effingerstr. 20, 3003 Bern; Tel. 031 324 06 92; e-mail: beat.reidy@bsv.admin.ch